

Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung?

Von Johanna Klatt.



FOTO: WWW.BETTERPLACE-LAB.ORG

„Man(n)/Frau beteiligt sich gern dort, wo Man(n)/Frau sich unter Seines- und Ihrgleichen fühlt – und wohlfühlt.“ Nur dann sind die Voraussetzungen ergeben die einzelnen Bausteine ein partizipatives Ganzes.

Partizipation kann einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Vitalität der Demokratie leisten – aber sie muss es nicht. Deshalb sollte ein kritisches Hinterfragen des allgemeinen Partizipationsgebots nicht ausbleiben. Hat Beteiligung womöglich auch Schattenseiten?

Ressourcenstarke und ihre Kritik am Zustand der Politik

Partizipation steht immer dann hoch im Kurs, wenn in der Öffentlichkeit das Gefühl vorherrscht, man sei von ihr abgeschnitten. Der Ruf nach mehr politischer Beteiligung und die Kritik am Zustand der Demokratie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Der Ruf nach Partizipation ist auch deswegen so laut, weil gerade die Kritiker des konventionellen Politikbetriebs über starke soziale Netzwerke und Verbindungen in die überregionale Medienlandschaft verfügen – und

damit in vielen Fällen über eine stärkere individuelle Ressourcenausstattung als das gewählte politische Personal der repräsentativen Demokratie selbst. Nicht umsonst wird hier und dort versucht, sich die Expertise für politische Entscheidungen jener zu sichern, deren kritische Stimmen an der Politik am lautesten sind. Die Kritik am politischen Ist-Zustand, die sich damit hinter dem Ruf nach Partizipation verbirgt, erklingt damit mittlerweile längst – ob als genuine Selbstkritik oder purer Opportunismus sei einmal dahingestellt – aus den Parteien und den ihnen nahestehenden Stiftungen selbst heraus.

Partizipation und soziale Ungleichheit

Man darf annehmen, dass politische Partizipation in demokratischen Ordnungen Prinzipien von Gleichheit, Gleichberechtigung oder

ausgewogener gesellschaftlicher Repräsentanz folgt. Aber bekanntlich ist das keineswegs der Fall. In nahezu allen Partizipationsräumen finden sich mehr oder weniger offensichtliche Hierarchien, etwa mit Parteiämtern vergleichbare Funktionen oder informelle Machtstrukturen. Aber auch außerhalb der eigenen Organisationsstrukturen und im Vergleich untereinander unterscheidet sich "die Partizipation" qualitativ, und zwar deutlich. Um es in den Worten des US-amerikanischen Philosophen Michael Walzer auszudrücken: "Zivilgesellschaft reflektiert und erhöht wahrscheinlich sogar Effekte von Ungleichheit."

Problem der „Selbstselektion“

Die Selbstselektion gewisser (politischer oder unternehmerischer) Kulturen ist in der Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft

hinlänglich bekannt. Ebenso bleiben die Bürgergesellschafts- oder Partizipationskulturen vom habituellen Prozess der Selbstrekrutierung bestimmter Beteiligungskulturen nicht gänzlich unberührt: Man(n)/Frau beteiligt sich gern dort, wo Man(n)/Frau sich unter Seines- und Ihresgleichen fühlt – und wohlfühlt.

Der Blick auf die Ungleichheit politischer und bürgerschaftlicher Repräsentation verrät: Noch immer ist einer der entscheidenden Zugänge zu Beteiligung und Engagement die persönliche Bekanntschaft über soziale Netzwerke. Partizipation setzt überdies gewisse individuelle Fähigkeiten und intrinsische Prädispositionen voraus. Da ist in erster Linie das Vertrauen in sich selbst und die Einschätzung, das eigene Handeln könne Wirksamkeit entfalten.

Bad Civil Society?

Fraglich ist nicht zuletzt der Zusammenhang zwischen dem Typ der Partizipation und der demokratischen Verfasstheit eines Gemeinwesens. Einige Autoren sehen auf demokratiethoretischer wie historischer Grundlage

durchaus Grund zur Vorsicht vor einem allzu unkritischen, unreflektierten Blick auf die Bürgergesellschaft. Ein Stichwort ihrer Kritik ist die sogenannte bad civil society, also auch undemokratisch orientierte Aktivitäten.

Bürgerschaftliches Engagement sei eben nicht per se förderungswert, insbesondere dann nicht, wenn gleichzeitig der Glaube an beziehungsweise das Verhältnis zu den politischen Institutionen einer Demokratie schwach ausgeprägt seien.

Ein positives Verhältnis der Partizipationsgesellschaft zu den politischen Institutionen ist jedoch ohne Zweifel ein wesentliches Merkmal einer stabilen Demokratie.

Missbrauchte Partizipation?

"Partizipationskritische" Äußerungen waren gelegentlich auch vor einem möglichen Missbrauch von Partizipation.

Damit geht implizit der Wunsch nach mehr "richtiger" Partizipation einher. Was das aber genau bedeutet, bleibt allzu oft unklar.

Welches idealtypische Bild von Demokratie haben wir vor Augen, wenn wir mehr Parti-

zipation, mehr Zivilgesellschaft, mehr politische Teilhabe einfordern? Diese und ähnlich selbstreflektierende Fragen zu stellen und dabei nicht den Blick auf die "soziale Basis" der Bürgergesellschaft zu verlieren, sollte idealerweise Teil einer jeden partizipationsfördernden Maßnahme oder Initiative sein.

Johanna Klatt, geb. 1982, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Wissenschaftliche Schwerpunkte: Politische Partizipation; Zivil- und Bürgergesellschaft; unkonventionelle Politikformen (Politische Manifeste); Milieuforschung (insb. sozial benachteiligte Milieus); Ausprägungen moderner Bürgergesellschaften in Deutschland, Österreich und den Niederlanden

Gekürzte Fassung des Texts by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Johanna Klatt für bpb.de.

Gesamtfassung unter <http://www.bpb.de/apuz/148210/partizipation-ein-erstrebenswertes-ziel-politischer-bildung?p=all>

spö
landtagsklub
salzburg schaut nach vorn!

Krisenzeiten brauchen Solidarität.

**Damit Friedenstauben
keine Federn lassen!**

Friedenstauben fliegen auf Harmonie und Gerechtigkeit.
Auch wir suchen immer nach fairen Konfliktlösungen.
Damit Solidarität und Toleranz in unserer Gesellschaft keine Federn lassen!

salzburg.spoe.at SPÖ

BEZAHLTE ANZEIGE